

Der Libeskind-Bau der Leuphana-Universität – oder wie sich die Landespolitik hat vorführen lassen

von Victor Perli (von 2008 bis 2013 Landtagsabgeordneter und hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE)

Im Jahr 2005 mussten die Universität Lüneburg und die Fachhochschule Nordwestniedersachsen fusionieren. Mit dieser nicht unumstrittenen Entscheidung wurde ein Wachstumsprozess der Universität ausgelöst, der rasch in politischen Debatten über den Aus- oder Neubau von Hochschulgebäuden mündete. Die Prognosen zu steigenden Studierendenzahlen taten ihr übriges. In dieser Zeit entstand die Idee des Libeskind-Baus als neues Zentralgebäude der Universität, maßgeblich vorangetrieben vom Präsidenten und Vizepräsidenten der Leuphana.

Die niedersächsische Landtagsfraktion der LINKEN hat sich ab 2008 ebenfalls für einen Neubau an der Universität in Lüneburg ausgesprochen. Die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Hochschulen hatte auch in Lüneburg ihre Spuren und sanierungsreife Gebäude hinterlassen. Das Land Niedersachsen ist seiner Verantwortung lange Zeit nicht gerecht geworden. Das vorgelegte Neubauprojekt haben wir aber dennoch als einzige Fraktion abgelehnt und – in enger Abstimmung mit dem AstA und der Lüneburger Linken – durchgehend kritisch begleitet. Aus guten Gründen, die sich inzwischen weitgehend bestätigt haben.

Der geplante Libeskind-Bau war von Anfang an ein überdimensioniertes Finanzierungsabenteuer. Von 2007 an war der mehrfach geänderte Finanzierungsplan bis zur Fertigstellung des Gebäudes durchgehend großen Zweifeln ausgesetzt. Ursprünglich waren Gesamtkosten in Höhe von 58 Millionen Euro angesetzt, die erst auf 72 Millionen, dann auf 89 Millionen und schließlich mindestens 92,4 Millionen erhöht wurden. Am Ende werden es wohl über 100 Millionen Euro sein und – allen anderen Behauptungen zum Trotz – zu ungeplanten Mehrausgaben für das Land und die Hochschule führen.

Diese Entwicklung war frühzeitig absehbar. Der Landesrechnungshof ist mehrfach eingeschritten, kritisierte die Prüfungsunterlagen als „unvollständig und nicht prüffähig“, rügte nicht eing geplante Baukosten von mindestens 30 Millionen Euro und forderte 2013 sogar das Projektende. Das Land musste deutlich höhere Zuschüsse gewähren. Bis heute ungeklärt ist unter anderem die eing geplante Vorsteuererstattung von drei Millionen Euro. Die Hochschulleitung erwog nach den zunächst öffentlich-privaten Finanzierungsplänen (ÖPP) sogar eine weitergehende Teilprivatisierung, legte fragwürdige Sponsoringverträge vor und plante zwischenzeitlich auch noch ein Hotel ein. Die Europäische Behörde für Betrugsbekämpfung (OLAF) ermittelte und kritisierte zum einen Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe und zum anderen privatwirtschaftliche Verbindungen zwischen Auftraggebern, Architekt und beteiligten Unternehmen. Öffentliche Leistungen waren nicht öffentlich ausgeschrieben worden.

Diese Entwicklung führte zu heftigen, aber weitgehend folgenlosen Debatten im Wissenschaftsausschuss und im Landtagsplenum. Zwischen 2008 und 2013 hat DIE LINKE fast alle Anträge und Anfragen zu diesem Thema eingebracht. Eine besondere Anekdote ist, dass Wissenschaftsministerin Johanna Wanka den Präsidenten und seine Vize zu einer Landtagssitzung nach Hannover zitierte, um für die Beantwortung einer Dringlichen Anfrage

im Landtagsplenum gerüstet zu sein. Die beiden folgten der Debatte gemeinsam mit Ministerialbeamten aus einem Nebenraum, mehrfach wurden Notizzettel in den Plenarsaal gebracht. Auf die Frage nach den privatwirtschaftlichen Verflechtungen der beteiligten Akteure und ihren Nebentätigkeiten im Zusammenhang mit dem Libeskind-Bau, reagierte Wanka dünnhäutig und zugleich selbstentlarvend: *„Das muss ich nicht wissen, und das weiß ich auch nicht.“*

Das Wissenschaftsministerium hat als Aufsichtsbehörde frühzeitig die Kontrolle über das Verfahren verloren. Flankiert wurde diese Entwicklung einerseits durch die rechtliche Konstruktion der Leuphana als Stiftungs-Universität. Die Uni-Leitung konnte weitgehend frei agieren, der Stiftungsrat und das Land wollten bzw. konnten keine wirksame Kontrolle ausüben. Andererseits haben die CDU/FDP-Mehrheitsfraktionen im Landtag auch kein besonderes Interesse an den Tag gelegt, um die Risiken für das Land und die Steuerzahler einzugrenzen.

Es ist deshalb nicht sehr glaubwürdig, wenn der FDP-Abgeordnete Christian Grascha im Dezember 2016 von einem „Fass ohne Boden“ spricht, dem Finanzplan der Universität „zu viele Unwägbarkeiten“ vorwirft und den Entzug der Bauherreneigenschaft fordert. Wenige Jahre zuvor, als die FDP noch der Landesregierung angehörte, hat der selbe Abgeordnete vergleichbare Wortmeldungen (auch des Autors dieses Artikels) brüsk zurückgewiesen.

Vor Ort wurde die Opposition zum Projekt im Wesentlichen von engagierten Studierendenvertretern, einzelnen Lokalpolitikern wie Michèl Pauly und einzelnen Senatsvertretern gebildet. Der AStA der Universität Lüneburg legte während der Auseinandersetzung beachtliche Expertisen vor, die immer wieder Eingang in die Parlamentsdebatten fanden.

Im Landtag forderte die Linksfraktion am 20. Oktober 2010 einen Planstopp: *„Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung die Realität anerkennt und ihr Finanzierungsabenteuer beendet. Es darf nicht sein, dass das Land und die Hochschule von einem privaten Betreiber und einer unbekanntem Stiftung langfristig an hohe Betriebskosten gebunden werden. Wir fordern eine Überarbeitung der überdimensionierten Pläne und einen Verzicht auf die Teilprivatisierung des geplanten Zentralgebäudes.“* Wenige Tage später kritisierte die damalige hochschulpolitische Sprecherin der Grünen Gabriele Heinen-Kljajic: *„Mit immer neuen, windigen Ideen versucht die Uni-Leitung, auf Biegen und Brechen den umstrittenen Libeskind-Bau zu realisieren“* (Pressemitteilung vom 29.10.2010). Die Landtags-SPD übte demgegenüber meist nur Detailkritik und wollte sich in dieser Frage auch nicht mit dem Lüneburger Oberbürgermeister und lokalen SPD-Granden anlegen. Einzig ihre Wissenschaftspolitikerin Gabriela Andretta forderte – allerdings erst 2013 nach der x-ten Kostensteigerung – den Ausstieg aus dem Vorhaben.

Dennoch haben SPD und Grüne das Projekt nie grundsätzlich in Frage gestellt. Deshalb war es auch kein Wunder, dass die Grüne Heinen-Kljajic das Projekt ab 2013 als Wissenschaftsministerin bis zum Ende begleitete und bei der feierlichen Eröffnung gemeinsam mit Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) lobende Worte sprach.

Die Kritiker des Projekts haben mit ihrem Verweis auf die unhaltbare Finanzierungsplanung Recht behalten. Wenn man auf sie gehört hätte, wären der Hochschule und dem Steuerzahler hohe zusätzliche Kosten erspart geblieben. Die kommenden Jahre werden

zeigen, ob die Hochschulleitung den Vorwurf eines überdimensionierten Prestigebaus langfristig ausräumen kann. Fraglich ist, ob Politik und Öffentlichkeit aus dieser Geschichte Lehren ziehen. Denn selbst das der niedersächsischen Metallwirtschaft nahestehende Politikmagazin „Rundblick Niedersachsen“ schlussfolgerte rückblickend: *„Ständig schien es so, dass die Uni-Leitung ganz bewusst bis an die Grenzen der Zumutung ging – im festen Glauben, dass die Politik es nie wagen würde, die ganze Sache scheitern zu lassen. Dieser Glaube war wohl berechtigt.“* (Artikel vom 12.3.2017)

Fest steht allerdings, dass die intensive Auseinandersetzung mehrerer Generationen engagierter Studierender der Leuphana Universität maßgeblich dazu beigetragen hat, eine größere Öffentlichkeit herzustellen und eine kritische Auseinandersetzung an der Uni, in Stadt und Landkreis und im Niedersächsischen Landtag zu fördern. Dafür gebührt allen Beteiligten ein großes Dankeschön.